

**Ä1** Änderung der Finanzordnung der GRÜNEN JUGEND Bayern

Antragsteller\*in: Sebastian Streb

**Änderungsantrag zu SÄ1**

Von Zeile 9 bis 10 löschen:

50 % des regulären Bahnpreises der 2. Klasse und Zuschläge, werden voll erstattet.

**Begründung**

Weitergegebene Weisheit vieler Deutschlehrer\*innen!

Ä1 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 39 bis 41:

Religionszugehörigkeit und Herkunft bekannt gegeben wurde, was zu einem Aufschrei gegen Muslime\*as und Migrant\*innen geführt hat. Ein Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz von Personen, die sonst auch unter besagten

Ä2 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 38 bis 43:

identifiziert und bereits festgenommen wurden, trotzdem allerdings die Religionszugehörigkeit und Herkunft bekannt gegeben wurde, was ~~zu einem Aufschrei gegen Muslime und Migrant\*innen geführt hat. Ein Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz von Personen, die sonst auch unter besagten Generalverdacht gestellt werden würden, zu vernachlässigen.~~in der letzten Zeit beispielsweise zu einem Aufschrei gegen Muslime und Migrant\*innen geführt hat. Das Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz dieser und anderer Personengruppen zurückzustellen. Wir fordern zudem, dass zukünftig auch Anzeigenblätter und ähnliche Veröffentlichungen unter den

## Begründung

Zu vernachlässigen ist das Interesse, bzw die Neugier der Bevölkerung nicht, denn sie ist enorm. Dennoch ist sie zurückzustellen. Zudem würde ich auch auf andere gefährdete Personengruppen hinweisen, heute sind es "die Muslime", morgen "die Russen".

Ä3 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 32 bis 36:

Zugehörigkeit sowie die Konfession und Erkrankungen, darunter auch psychische Gesundheit. ~~Im Ausnahmefall von konkreten Fahndungen nach Täter\*innen, werden durch die Veröffentlichung nur populistisch gegen die Gesamtheit von Personen mit den gleichen Eigenschaften vorgegangen, die in der Folge~~ Durch die Veröffentlichung dieser Angaben besteht die Gefahr, dass die Gesamtheit der Personen mit den gleichen Eigenschaften von der Gesellschaft unter Generalverdacht gestellt werden. Insbesondere fällt das im

## Begründung

Der Satz ist in der Originalversion schwer verständlich. Da es sich hier um eine wichtige Begründung für die Forderung handelt, ist diese Korrektur sinnvoll.

Ä4 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 48 bis 50:

Jugendliche trotz Verbote an die gesperrten Medien gelangen können, dafür der Kauf für Erwachsene allerdings erschwert wird. Zudem sind die Maßstäbe sowohl für Verbote als auch Zulassungen willkürlich gewählt. Kritische Inhalte ~~sollen eher~~, etwa Volksverhetzung, müssen strafrechtlich verfolgt ~~werden~~, statt ohne weiteren Folgen gesperrt werden.

## Begründung

Ein erschwerter Kauf ist m. E. ein zu schwaches Argument.

Ä5 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

Den neuen Unirahmenvertrag der etwa eine Einzelmeldung aller von Dozierenden digitalisierten Seminartexte vorsieht, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar ab. Dieser würde zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand führen, den die

## Begründung

Diese Erklärung ist für einen für alle verständlichen Antrag nötig.

Ä6 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 142 bis 144:

erkennen, dass zwar zahlreiche Vertreter\*innen der christlichen Kirchen Sitze im Rundfunkrat haben, jedoch eine angemessene Vertretung ~~für Muslim\*innen völlig~~ anderer Glaubensrichtungen fehlt. Auch sind die einzigen beiden Vertreterinnen von Frauenorganisationen Vertreterinnen

## Begründung

Muslim\*as herauszugreifen ist willkürlich.

Ä7 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 177 bis 196:

In ~~einer Forschungsdocumentation des Bayerischen Rundfunks wird klar gezeigt, dass in~~ den meisten ~~Sendungen für~~ Fernsehsendungen, sowohl für Kinder als auch Erwachsene, werden ungesunde Körper- und nicht-gleichwertige Geschlechtsbilder vermittelt werden. Besonders die Darstellung von Frauen und Mädchen ~~in diesen Sendungen~~ ist schon auf rein anatomische Weise unrealistisch und fördert ~~ungesundes Verhalten wie Essstörungen schon bei jungen Mädchen~~ Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper und Essstörungen. Auch die Darstellung der Charaktereigenschaften ist stark zu kritisieren, ~~da hier: Hier werden~~ konservative Rollenbilder vermittelt ~~werden, die somit schon bei Kindern gefestigt werden, aber auch bei älteren Menschen, und~~ durch die regelmäßige Wiederholung in den Medien, gefestigt ~~werden~~. Um eine emanzipierte und gleichberechtigte Gesellschaft zu schaffen, ist es jedoch notwendig, eben diese Rollenbilder aufzubrechen ~~und die Rolle. Die Rolle,~~ die die Medien hierbei spielen, ist eine ganz elementare, da sie als Vervielfältigungs- und Verbreitungsmöglichkeit dienen. Deshalb fordern wir, die bereits vorhandenen Bemühungen des Bayerischen Rundfunks, Gender Mainstreaming verschiedene Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen, noch weiter zu verstärken und konsequent umzusetzen. Dies ~~wu~~ wurde unter anderem durch die, bereits geforderte, verstärkte Vertretung von Frauen\*interessen im Rundfunkrat unterstützt, jedoch reicht das allein nicht aus. Deshalb fordern wir ebenfalls die Einrichtung einer Fachstelle, die sich mit genderspezifischen Angelegenheiten befasst, sowie ~~die in~~ das in Auftrag Gebungen von Forschung, zu den Möglichkeiten der konsequenten Durchsetzung von Gleichberechtigung im bayerischen Rundfunk.

## Begründung

Nicht nur Kindersendungen sind betroffen. Nicht nur Mädchen und Frauen leiden unter dem Druck und Essstörungen.

Der Begriff "Gender Mainstreaming" ist inzwischen so sehr negativ besetzt, dass ich ihn vermeiden würde.



Ä8 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 168 bis 175:

~~Die momentane Besetzung des bayerischen Rundfunkrates betrachtend, kann festgestellt werden, dass nicht alle großen Religionen angemessen repräsentiert sind. Zwar sind Christentum und Judentum vertreten, das Christentum besonders stark, doch der Islam wird momentan in keiner Weise berücksichtigt. Deshalb fordern wir, die Vertretungen der Religionen wie folgt zu gestalten: Eine Vertreter\*in für sowohl die evangelische und die katholische Kirche, ebenfalls eine Vertreter\*in der israelitischen Kultusgemeinden sowie eine Vertreter\*in des Islams.~~

Die momentane Besetzung des bayerischen Rundfunkrates betrachtend, kann festgestellt werden, dass nicht alle großen Religionen angemessen repräsentiert sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass in Zukunft keine Vertreter\*innen von Glaubendgemeinschaften mehr im Rundfunkrat vertreten sind. Dies dient vor allem der Gleichberechtigung, da es nicht umsetzbar ist, alle Glaubensrichtungen, denen die Einwohner\*innen Bayerns angehören, im Rundfunkrat zu repräsentieren. Zu diskutieren ist dabei eine Vertretung aus dem Bereich der Ethik oder des Humanismus.

Ä9 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 174 bis 175 einfügen:

eine Vertreter\*in der israelitischen Kultusgemeinden sowie eine Vertreter\*in des Islams.

Bei allen hier angesprochenen Änderungen der Besetzung des Rundfunkrates soll die ursprüngliche Anzahl von fünfzig Mitgliedern nicht überschritten werden. Zudem ist der Rat mindestens zur Hälfte mit Frauen\* zu besetzen.

## Begründung

Wären alle Änderungen zusätzlich zu den jetztigen fünfzig Mitgliedern, wäre die Wirkung deutlich abgeschwächt.

Ä10 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Joao Neisinger

## Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 47 bis 49 löschen:

jugendgefährdende Medien (BPjM). In der Praxis zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche trotz Verbote an die gesperrten Medien gelangen können, ~~dafür~~ der Kauf für Erwachsene allerdings erschwert wird. Kritische Inhalte sollen eher

Ä2 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Jonas Kobinger

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 267 bis 269 einfügen:

bevorzugt. Die Kirche genießt allumfassende Vorteile durch ein sogenanntes "Privilegienbündel".

Dieses "Privilegienbündel" umfasst beispielsweise einmalige Regelungen was das Arbeitsrecht betrifft.

Die vom Staat finanzieren

Ä3 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Joel Keilhauer

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 275 bis 278:

Scheidungen oder fehlender Taufe von Kindern sanktioniert werden. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des **Bereichs religiösen Kernbereichs** der **Verkündigungstätigkeit der Kirchen** das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und so auch die Schaffung von Betriebsräten ermöglichen und ein Streikrecht verankern.

## Begründung

Der Begriff des Verkündigungsbereiches wird von der Kirche verwendet um die derzeitigen Verhältnisse zu wahren. So wird gerechtfertigt, dass Angestellte in Krankenhäusern, Kitas, etc. unter den Tendenzschutz fallen. Denn diese gehören laut Arbeitsverträgen der Kirchen auch zum Verkündigungsbereich.

Da wir weg von diesen Verhältnissen wollen, sollten wir nicht das Rechtfertigungs-Vokabular der Kirchen verwenden. Wir wollen dieses Recht auf den religiösen Kernbereich der Kirchen (z. B. Priester\*innen/Pfarrer\*innen) beschränken.

weiteres erfolgt mündlich

Ä7 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 103 bis 105:

und finanzieller Unterstützung oft gering. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass der ~~Musikunterricht~~ **Musik- und Kunstunterricht** an den Schulen den Auftrag erhält, über die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung und die verschiedenen Kulturangebote

## Begründung

Bildende Kunst ist auch Kultur.

Ä9 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 154 bis 156:

sein. Das fängt bereits bei der Mittelvergabe an und der ungleichen Verteilung der Förderung zwischen **FrauenMännern** und **Nicht-Männern**. Wir wollen hingegen die gleichen Einkommens- und Karrierechancen sowie künstlerische Entwicklungsmöglichkeiten

## Begründung

Bipolarität aufbrechen!

Ä10 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 186 bis 192:

Wir streben eine breite Einbeziehung aller bei der Auswahl und der Finanzierung kommunaler Kultur an. Dazu wollen wir einen offenen Kulturhaushalt einführen, der zusammen von den Einwohner\*innen und den Gemeinderät\*innen Stadt- oder Gemeinderät\*innen, geplant wird. Projekte, Schwerpunkte und Ausgaben für Kultur sollen gemeinsam ausgewählt werden. Zusätzlich soll daneben für die Kontrolle und Betreuung der Projekte Kulturbeiräte eingerichtet werden, in denen ein breites Spektrum von Einwohner\*innen einer Stadt oder Gemeinde vertreten sind.

## Begründung

Das gilt auch in der Stadt.



Ä11 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 201 bis 203:

werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Zuschüsse des Freistaats Bayern zu erhöhen und ~~kostenfreie~~ alle Angebote ~~zu garantieren~~ ~~kostenfrei~~ anbieten. ~~[Leerzeichen]~~ Auch eventuell nötige Lernutensilien sollen gestellt werden. Angebote der Volkshochschule sollen sich

## Begründung

Wenn nur bestimmte Angebote kostenfrei sein müssen, obliegt es nur dem Freistaat welche und wie viele es sind. Alle Bildungsangebote sollten kostenfrei zur Verfügung stehen.

Ä14 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 229 bis 235:

~~Jugendeinrichtungen sollen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abgestimmt werden und die Vielfalt der dort Lebenden widerspiegeln, oft reichen selbstverwaltete Infrastruktur die bereitgestellt wird als Treffpunkt aber auch betreute Jugendzentren sind für viele Jugendliche wichtige Anlaufstellen. Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte auch hier keinen Weg ausschließen, sondern die Jugendlichen in den Prozess der Organisation der Jugendarbeit mit einbeziehen oft sind mehrere Angebote sinnvoll um alle mitzunehmen.~~

Jugendeinrichtungen müssen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abgestimmt werden und die Vielfalt der dort Lebenden widerspiegeln. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert selbstverwaltete Infrastrukturen, die als Treffpunkte bereitgestellt werden, aber auch betreute Jugendzentren. Die Jugendliche müssen dabei in den Prozess der Organisation mit einbezogen werden.

## Begründung

Jugendzentren sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen gefordert werden.

Ä17 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Mariella Kessler

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 105 bis 112:

Möglichkeiten finanzieller Unterstützung und die verschiedenen Kulturangebote vor Ort informiert.

~~Zudem müssen durch die Schule vielseitigere kulturelle Termine angeboten werden als ein gemeinsamer Besuch von Theater und Oper. Durch eine vielseitige Werbekampagne müssen Jugendliche auf die neuen Angebote des Kulturfonds aufmerksam gemacht werden. Ziel der bayerischen Kulturpolitik muss es sein, jungen Menschen einen vielseitigen Einblick auf die gesamte Kulturlandschaft und durch den Anreiz auch eine Teilnahme an deren Angebot zu ermöglichen - mit Kulturfonds und Freikarten.~~

Desweiteren sind Aktivitäten wie seltene und oft einseitige Besuche von Aufführungen in Theater und Oper nicht genug. Regelmäßige Exkursionen zu kulturellen Veranstaltungen und die gemeinsame Wahrnehmung von vielseitigen Kunst- und Kulturangeboten müssen Einzug in den Schulalltag finden.

Durch eine vielseitige Werbekampagne müssen Jugendliche auf die neuen Angebote des Kulturfonds aufmerksam gemacht werden. Ziel der bayerischen Kulturpolitik muss es sein, jungen Menschen einen vielseitigen Einblick auf die gesamte Kulturlandschaft und durch den Anreiz auch eine Teilnahme an deren Angebot zu ermöglichen - mit Kulturfonds und Freikarten.

Ä19 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Leander Hirschsteiner

## Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 284 bis 289:

~~Auch im Strafgesetzbuch lassen sich Sonderregelungen für Ordnungswidrigkeiten finden. Hierfür gibt es einen separaten Paragraphen §166 für "Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen". Die GRÜNE JUGEND Bayern sieht nicht die separate Stellung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen und fordert daher eine gleiche Gesetzgebung für jede Art von Beschimpfungen und Beleidigungen.~~

Die ungerechtfertigte Bevorzugung der Kirchen durch den §166 StGB "Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen" wollen wir aufheben, weil den Kirchen eine rechtlichen Sonderstellung gewährt wird. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich stattdessen für das Recht auf Kirchenkritik und gleichzeitig für freie und vielfältige Religionsausübung ein.

Ä1 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Sebastian Hansen

## Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 32 bis 35:

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen auf ~~Intoleranz~~Menschenverachtung beruhendem Hass verbreiten, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen; einschließlich von ~~Intoleranz~~Menschenverachtung, die sich in aggressivem Nationalismus und Ethnozentrismus, der Diskriminierung und Feindseligkeit

## Begründung

Der Begriff Menschenverachtung passt hier meiner Ansicht deutlich besser als der Begriff Intoleranz. Während Menschenverachtung in keinem Fall legitim sein kann, ist Intoleranz - zum Beispiel gegenüber Menschenverachtung - in manchen Fällen legitim. Deswegen sollte der Begriff kein Oberbegriff für die aufgeführten menschenverachtenden Verhaltensweisen sein.

### Ä3 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Sebastian Hansen

## Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 41 bis 45:

muss hierbei gewahrt werden, aber bei der Verletzung gültigen Rechts Beiträge gelöscht werden. ~~Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Betreiber\*innen von sozialen Netzwerken genügend Mitarbeiter\*innen einstellen, um gemeldete Kommentare schnellstmöglich zu bearbeiten und eventuell löschen zu können, falls sie strafrechtlich relevant sind.~~

Außerdem muss es Gerichten möglich sein, Soziale Netzwerke zur Löschung von rechtswidrigen Beiträgen und zum Schutz von Persönlichkeitsrechten zu verpflichten. Gerade letzteres war dem Landgericht Würzburg im Fall Anas Modamani, dessen Bild von rechten Hetzer\*innen missbraucht wurde, nach geltender Rechtslage nicht möglich. Zudem müssen die Betreiber\*innen der Profile und Seiten, auf denen Dritte Hasskommentare posten, haftbar gemacht werden, wenn sie sich mittel- oder unmittelbar an der Verbreitung dieser Hasskommentare beteiligen. Die Seiten- und Profilbetreiber\*innen besitzen, wie auch die sozialen Netzwerke selbst, die Verantwortung, sich nicht zum Vehikel für Volksverhetzung machen zu lassen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Betreiber\*innen sozialer Netzwerke auf, genug Mitarbeiter\*innen einzustellen, um gegen Hasskommentare tätig werden zu können. Die Verfolgung der Verfasser\*innen von Hasskommentaren sollte insgesamt dennoch in den Händen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz liegen und nicht in wenig transparenter Weise komplett an die Betreiber\*innen sozialer Netzwerke ausgelagert werden. Die Bildung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab.

## Begründung

Die Entstehung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke zur Löschung strafrechtlich relevanter Inhalte ist problematisch. Zwar müssen soziale Netzwerke (und insbesondere auch die Betreiber\*innen von z.B. Like-Seiten, auf denen Hasskommentare gepostet werden; so könnte man endlich mal die ganzen AfD-Seiten dran kriegen) haftbar gemacht werden können, wenn sie gegen die Verbreitung von strafrechtlich relevanten Inhalten auf ihren Websites nichts tun. Und zum Vorgehen dagegen zählt auch Löschung. Aber die Verfolgung von Hasskommentaren darf auf keinen Fall an die sozialen Netzwerke gewissermaßen "ausgelagert" werden, sondern Polizei und Staatsanwaltschaften müssen endlich mehr gegen die Netz-Nazis tun und sich nicht darauf ausruhen, dass die sozialen Netzwerke ja was machen.

Außerdem müssen die sozialen Netzwerke durch Gerichte zum Schutz von Persönlichkeitsrechten verpflichtet werden können. Der Fall Anas Modamani hat hier Gesetzlücken aufgezeigt.

Durch meinen Änderungsantrag möchte ich diese beiden Punkte auch im Antrag herausstellen.

Ä5 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Sebastian Hansen

## Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 54 bis 60:

~~Wir finden es wichtig, dass Privatpersonen Beiträge, die Hetze und Hass enthalten melden und anzeigen, um so Hasskriminalität entgegenzuwirken. Doch auch die Staatsanwaltschaft muss proaktiver Rechtsverstöße im Internet verfolgen.~~

~~Des Weiteren~~Wir finden es wichtig, dass Privatpersonen Beiträge, die Hetze und Hass enthalten melden und anzeigen, um so Hasskriminalität entgegenzuwirken. Doch auch die Staatsanwaltschaft muss proaktiver Rechtsverstöße im Internet verfolgen. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Staatsanwaltschaft und Polizei auch bei Offizialdelikten im Internet selbstständig tätig werden und Posts und Beiträge in Sozialen Medien und Foren aufmerksam beobachten. Darüber hinaus

## Begründung

Deswegen passt meiner Meinung nach besser als des Weiteren.

Außerdem ist es notwendig, dass Polizei und Staatsanwaltschaft wirklich auch selbstständig tätig wird. Dies ist zwar eigentlich im Begriff Offizialdelikt impliziert, aber zur verbesserten Sichtbarkeit der Forderung würde ich es gern auch noch mal explizit im Antrag stehen haben.

Ä4modÜ Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Sebastian Hansen

### Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:

Einreichung von Anzeigen einrichten. In sozialen Netzwerken muss zudem Opferschutz verbessert werden und Opferberatungsstellen eingerichtet werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf das gezielte Stalking gegen einzelne Personen notwendig. Wichtig ist dabei auch, dass Daten von Menschen, die rechtsextreme Straftaten anzeigen, keinesfalls in die Hände von Nazi-Anwält\*innen gelangen dürfen. Racheaktionen der rechten Szene sind sonst vorprogrammiert und Opfer rechter Straftaten werden gehemmt, diese auch zur Anzeige zu bringen.

Von Zeile 62 bis 65 löschen:

Straftaten und Straftaten in sozialen Netzwerken. Der massive Anstieg an Straftaten in diesem Bereich erfordert die Schaffung von Stellen. ~~Daten von Anzeiger\*innen rechtsextremer Straftaten müssen geheim bleiben und dürfen nicht den Nazi-Anwält\*innen zur Verfügung gestellt werden.~~



Ä6modÜ Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Joel Keilhauer

### Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 96 bis 98:

Wir fordern, dass Unternehmen jährlich allen Menschen, von denen sie Daten besitzen, auf Wunsch elektronisch ~~bzw. schriftlich~~ **oder in Textform** mitteilen, über welche Daten sie verfügen und abfragen, ob die jeweilige Person die Löschung ihrer Daten

Ä8 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Sebastian Hansen, Marlene Schönberger

## Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 58 bis 61 löschen:

Des Weiteren fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Staatsanwaltschaft und Polizei auch bei  
Offizialdelikten im Internet tätig werden ~~und Posts und Beiträge in Sozialen Medien und Foren~~  
~~aufmerksam beobachten~~. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer  
Schwerpunktstaatsanwaltschaft für IT-

## Begründung

Die Formulierung, dass die Staatsanwaltschaft bei Straftaten selbstständig tätig werden sollte, reicht aus unserer Sicht aus. Die Forderung einer aufmerksamen Beobachtung von Foren klingt gefährlich nach Überwachungsstaat und sollte aus unserer Sicht nicht im Antrag stehen.

Ä9 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller\*in: Maria Gößmann, Georg Kurz

### Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 21 bis 23 einfügen:

landeseigene Dachflächen zur Vernetzung von Freifunkknoten zur Verfügung gestellt werden und die Kosten für Betriebsstrom übernommen werden. Inbesondere im Öffentlichen Nah- und Fernverkehr setzen wir uns für die Einrichtung von Freifunk-Knoten ein. Da schnellstmöglich landesweit zahlreiche weitere Hotspots hinzukommen sollen,

Ä1 Wahlkampf 2018: Wir planen den Wechsel!

Antragsteller\*in: Sebastian Streb

## Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 27 bis 32:

~~Die GRÜNE JUGEND Bayern vergibt keine eigenen Voten für die Landtagswahl 2018. Stattdessen sollen bis zu zwei quotierte Voten auf den jeweiligen Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht. Bei der Suche nach geeigneten Personen wird der Landesverband die Bezirke unterstützen.~~  
Auf den jeweiligen Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände sollen bis zu zwei quotierte Voten für die Landtagswahl 2018 vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht. Die GRÜNE JUGEND Bayern unterstützt alle Votenträger\*innen in ihrem Wahlkampf und hilft den Bezirken als Landesverband im Voraus bei der Suche nach geeigneten Personen. Es ist unser gemeinsames Ziel, so viele GRÜNE JUGEND Personen wie möglich in

Ä2modÜ Wahlkampf 2018: Wir planen den Wechsel!

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Joel Keilhauer, Jonas Kobinger, Anne Steuernagel, Emma Richert, Karolin Borchering, Ludiwig Felder

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 29 bis 31 einfügen:

Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht. Zusätzlich werden wir auf dem ordentlichen ersten Landesjugendkongress 2018 bis zu zwei quotierte Voten für die Landtagswahl vergeben. Bei der Suche nach geeigneten Personen wird der Landesverband die Bezirke unterstützen.

## Ä1 Menschengerechte statt autogerechte Stadt - Schadstoffbelastung reduzieren!

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 96 bis 98 löschen:

~~Auf Grund des Überangebots von Emissionszertifikaten fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Reform des SCEQE; die Europäische Union muss einen Minimumpreis von 25 Euro je Lizenz zum Ausstoß von einer Tonne Kohlenstoffdioxid einführen.~~

### Begründung

Der Emissionsrechtehandel wird zu den marktwirtschaftlichen Instrumenten der Umweltpolitik gezählt. Die Grundidee ist es, dem Klimagas CO<sub>2</sub> einen Wert zu geben. Dazu wird eine Höchstmenge an CO<sub>2</sub>, das im Regulierungsgebiet ausgestoßen werden darf, festgelegt und eine bestimmte Anzahl an Zertifikaten an die CO<sub>2</sub>-ausstoßenden Unternehmen verteilt. Die Festsetzung einer Preisuntergrenze trägt nur in sehr geringem Maß dazu bei, das gewünschte Ergebnis einer Einsparung von CO<sub>2</sub> durch Kostenvorteile zu erreichen. Wirksame Maßnahmen, die zu einer Reduzierung des des CO<sub>2</sub>-Ausstoße führen, sind dagegen die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Höchstmenge und der Zertifikate.

Da es sich bei CO<sub>2</sub> nicht um einen Schadstoff handelt, der dem Menschen direkt zusetzt, der Antrag aber in erster Linie diesen Bereich der Verkehrspolitik behandelt, schlagen wir vor den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel nicht zu thematisieren.

## Ä2 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 8 bis 12:

Das neue Schülerticket in Hessen zeigt: ~~Mobilität für einen Euro am Tag für junge Menschen ist auch in einem Flächenland möglich! Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen in Bildung und Ausbildung Zugang zu einem landesweit im Regional- und Nahverkehr gültigen Ticket für einen Euro am Tag oder weniger erhalten.~~ Die Koordination der einzelnen Vehrkersverbände und die Verteilung von Zuschüssen ist auch in einem Flächenland möglich!

Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen in Schule, Studium, Ausbildung oder unter 28 Jahren kostenlos ein landesweit gültiges Ticket für den Regional- und Nahverkehr erhalten.

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

### Ä3 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 22 bis 24:

Entwicklung zur Selbständigkeit des Kindes und der Umwelt – tut dies aber häufig, weil öffentliche Verkehrsmittel aufgrund eines unzureichenden Taktes und dünnem Stationsnetz keine **funktional äquivalente praktikable** Alternative darstellen. Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, den Menschen ihre Lebensweise

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.



## Ä8 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 58 bis 59:

Wir fordern ein Jugendticket für alle jungen Menschen in ~~Bildung und Ausbildung~~ Schule, Studium, Ausbildung oder unter 28 Jahren, das bayernweit im Regional- und Nahverkehr gültig ist und höchstens einen Euro

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä5 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 33 bis 34:

~~Unsere Anforderung an einen Jugendtarif in Bayern ist, dass er verständlich, preiswert und gerecht ist.~~

Unsere Anforderungen an ein Jugendticket ist, dass es kostenlos, gerecht und verständlich ist.

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä6 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 45 bis 47:

abhängen. Statt bei Millionen Schüler\*innen jedes Jahr auf den Meter genau den Weg zur Schule zu berechnen, sollen Schüler\*innen grundsätzlich ein kostenloses Ticket ~~erstattet~~ bekommen.

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä7 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 48 bis 55 löschen:

~~Wir wollen die Erstattungsgrundlage für den Ausbildungsverkehr, die in §45a Personenbeförderungsgesetz geregelt ist, flexibler ausführen lassen oder durch eine vom Bundesgesetz abweichende Landesgesetzgebung reformieren. In einem bedarfsorientierten Prozess muss hier die beste Lösung gefunden werden, die es ermöglicht, den Jugend- und Ausbildungsverkehr landesweit flexibler zu gestalten. Die Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen müssen erhöht werden, um jungen Menschen preiswertere Mobilität zu ermöglichen.~~ Die aktuelle Regelung geht an der Lebensrealität junger Menschen vorbei: Es ist weltfremd,

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä10 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 59 bis 63:

das bayernweit im Regional- und Nahverkehr gültig ist und höchstens einen Euro am Tag kostet. ~~Die Gewinnaufschläge der Verkehrsbetriebe sollen vom Freistaat auf Grundlage einer realistischen und bedarfsgerechten Kostenkalkulation erstattet werden. Bei Personen unter 19 Jahren soll die Bestätigung eines Bildung- oder Ausbildungsverhältnisses entfallen.~~ Wir wollen zusammen mit den Verkehrsbetrieben und -verbänden eine Verteilung der Zuschüsse zum Öffentlichen Personennahverkehrs koordinieren, die einen starken und gut ausfinanzierten ÖPNV sicherstellt.

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä11 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 65 bis 66:

1. die Einführung eines ~~kostengünstigen~~ **kostenlosen**, landesweiten Jugendtickets für alle jungen Menschen in Bildung und Ausbildung. Diese Forderung soll Teil des

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä12 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 65 bis 67:

1. die Einführung eines kostengünstigen, landesweiten Jugendtickets für alle jungen Menschen in ~~Bildung und Ausbildung~~ **Schule, Studium, Ausbildung oder unter 28 Jahren**. Diese Forderung soll Teil des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2018 sein. Der

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä13 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 69 bis 75:

~~2. die deutliche Erhöhung des Landeszuschusses (Ausgleichszahlungen) für den Ausbildungsverkehr im Rahmen des § 45a Personenbeförderungsgesetzes im Doppelhaushalt 2019/2020.~~

~~3. den Anspruch auf Erstattung der Schulwegkosten bei eigener Wahl der Schule nicht verfallen zu lassen.~~

~~4. eine Reform der Ausgleichsmechanismen. Wir wollen durch Pauschalierung der Zahlungen unnötige Bürokratie abbauen und attraktive Angebote ermöglichen.~~

2. eine gute Ausfinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

3. Langfristig fordern wir einen kostenlosen Personennahverkehr bayernweit für alle Menschen.

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.



## Ä4 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 27 bis 30:

leistungsfähig und bezahlbar sein, dass er die attraktivere Alternative darstellt. Ein ~~bezahlbarer landesweiter Jugendtarif~~ **kostenloses Ticket für junge Menschen** schafft ein attraktives Angebot ~~für junge Menschen~~, stärkt den ländlichen Raum und bindet Nutzer\*innen häufig über Jahrzehnte: Wer früh lernt, öffentlich voranzukommen, behält diese

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

## Ä9 Junge Menschen bewegen

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 07.05.2017

### Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 58 bis 61:

Wir fordern ein Jugendticket für alle jungen Menschen in Bildung und Ausbildung, das bayernweit im Regional- und Nahverkehr gültig ist und ~~höchstens einen Euro am Tag kostet~~kostenlos jeder Person zur Verfügung gestellt wird. Die Gewinnaufschläge der Verkehrsbetriebe sollen vom Freistaat auf Grundlage einer realistischen und bedarfsgerechten Kostenkalkulation erstattet

### Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede\*n zu ermöglichen.

Ä1 Für eine echte politische Jugendpartizipation - Jugendparlamente für Bayern!

Antragsteller\*in: Leander Hirschsteiner

## Änderungsantrag zu V6

Von Zeile 33 bis 38:

Jugendparlamente erhalten junge Menschen eine viel nähere Erfahrung mit parlamentarischer Arbeit. ~~Das sorgt zum einen dafür, dass das Interesse von Jugendlichen in den Kommunen eine Stimme hat und sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen und dadurch zum anderen dafür, dass sie später nach der Volljährigkeit dazu bereit sind, sich in den kommunalen Parlamenten über Parteien einzubringen.~~ Das sorgt dafür, dass das Interesse von Jugendlichen in den Kommunen eine Stimme hat und sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen .Um die Verjüngungskur der Kommunalparlamente auch rechtlich zu ermöglichen, setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern auch für eine Absenkung des passiven Wahlrechts ein.Wir sind uns bewusst,dass damit einhergehend Anpassungen etwa am Jugenschutzgesetz notwendig werden. Diese wollen wir kritisch begleiten.

Ä1 \*vertagt\* Impfungen für alle und zwar umsonst!

Antragsteller\*in: Joel Keilhauer

Titel

Ändern in:

Impfungen für alle und zwar umsonst!

Änderungsantrag zu V7

Von Zeile 1 bis 4:

~~Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben sich gegen alle gängigen Krankheiten kostenlos impfen zu lassen. Zudem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Impfpflicht für alle Kinder, die Kindertagesstätten und Schulen besuchen. Außerdem unterstützen wir Forderungen nach einer Impfpflicht für Kleinkinder.~~

Das von der WHO gesetzte Ziel bis 2015 die Masern in Europa auszurotten ist gescheitert. Statt einen Rückgang der Erkrankungen gibt es einen Anstieg. Vor allem die Ballungsräume sind von einem Anstieg der potentiell tödlich endenden Krankheit betroffen.

Krankheiten wie die Masern wären längst keine Gefahr mehr, wenn sich alle Menschen dagegen impfen ließen.

Impfkritik kann tödlich sein!

Eltern verweigern häufig Impfungen an sich und ihren Kindern aus esoterischen, verschwörungstheoretischen oder pseudowissenschaftlichen Gründen.

Um Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung abzubauen, muss die Aufklärung über den wissenschaftlichen Stand der Nutzen und Risiken von Impfungen verstärkt werden. Allein durch Aufklärung wird allerdings keine hinreichend hohe Impfquote erreicht werden können, da viele Impfgegner\*innen an längst widerlegte unwissenschaftliche Studien glauben, wie etwa, dass Impfungen Autismus verursachen, oder der falschen Überzeugung sind, dass Impfungen nicht notwendig seien und nur der Pharmaindustrie nützen.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Impfpflicht vor dem Eintritt in Kita oder Schule. Wir unterstützen daher die Forderung der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte. Bei einer solchen Pflicht muss selbstverständlich Rücksicht auf medizinische Unverträglichkeiten genommen werden. Eine Impfpflicht stellt natürlich einen Einschnitt in das Selbstbestimmungsrecht der Eltern dar. Da aber auf der anderen Seite eine Nicht-Impfung die Gesundheit sowohl der eigenen Kinder, als auch die Gesundheit derjenigen Personen, die nicht geimpft werden können, gefährdet, ist eine solche Maßnahme in der Abwägung gerechtfertigt.

Impfkritik schadet Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung!

Impfgegner\*innen behindern die Ausrottung vieler schwerer Infektionskrankheiten: Sie gefährden nicht nur die Gesundheit ihrer eigenen Kinder, sondern auch die von Säuglingen und von Menschen, die etwa aufgrund von Unverträglichkeiten nicht geimpft werden können. Um auch diese vor Krankheiten, wie etwa den Masern, zu schützen, ist eine sogenannte Herdenimmunität notwendig. Dies bedeutet, dass bei einer ausreichend hohen Impfquote ein Schutz für alle Menschen erreicht werden kann.

Wenn Sie nicht impfen, schaden Sie Ihren Kindern, Ihrer Familie, Ihren Freunden

Die Ständige Impfkommission, die heute unter Anderem Standardimpfungen empfiehlt, soll diejenigen Krankheiten erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu geringen Impfquote eine Impfpflicht geboten ist. Um eine solche Maßnahme auch effektiv umzusetzen, könnten im Falle einer nicht-vollständigen Immunisierung des Kindes Geldstrafen erfolgen.

Ein Vorbild hierfür bietet die Pockenimpfung, die bis 1975 auch in Deutschland verbindlich war und dank derer die Pocken weltweit ausgerottet werden konnten. In vielen Ländern existiert heute eine Impfpflicht, was zu einem deutlichen Anstieg der Impfquoten geführt hat: In Australien konnte die Rate von 75% auf 94% erhöht werden, indem die Auszahlung staatlicher Leistungen von der Impfung der Kinder abhängig gemacht wurde.

Wir fordern zudem eine Kostenfreiheit von allen in Europa gängigen Schutzimpfungen.